



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

werden, was über Ziele und Nutzen der Sprachreinigung und zur Bekämpfung der Gegenströmung zu sagen ist. Vorträge und eine durch den Gebrauch einer allgemein verständlichen deutschen Sprache wahrhaft aufklärende, sich von jeder Parteieinseitigkeit fern haltende, vielmehr alle Parteien in Politik, Religion, Kunst und Wissenschaft zum „reinen“ Wort verstattende Zeitschrift müßten diesem Ziele dienen. Derartige Vorträge würden von den Massen besucht und eine derartige Zeitschrift Leser finden, und zwar auch dann, wenn Eintrittsgelder erhoben und ein angemessener Preis für die Zeitschrift gefordert würde. Denn unser Arbeiter will gar nichts geschenkt haben, sondern wird eher mißtrauisch, wenn man es sich Geld kosten läßt, um an ihn heranzukommen. Und noch eins, was die Arbeit zu einer solchen macht, der sich die bedeutendsten Köpfe gern unterziehen werden, wie sie es müssen, wenn die Arbeit fruchten soll: Unser Handarbeiter ist im Durchschnitt geistig regsam und verlangt für seinen Geist gehaltvolle Kost. Er will überall in ein volles Verständnis eingeführt werden. Trotz geringerer Schulbildung und ungeschulteren Denkens ist er hierin anspruchsvoller als der durchschnittliche Kopfarbeiter. Dieser läßt sich weit eher mit leichter geistiger Nahrung abpeisen, weil er außerhalb seines Berufs sein Gehirn ruhen will, mit dem er seine Tagesarbeit zu leisten hat. Jener dagegen hört und liest, um seinem beim Tagewerk mehr oder weniger untätigen Geiste Bewegung zu verschaffen. Daher heute die weit regere Anteilnahme der Handarbeitermassen an politischen, wie früher an Glaubensfragen. Kaum werden irgendwo deutsche Kopfarbeiter es den deutschen Handarbeitern nachtun, die sich aller Orten regelmäßig zusammenfinden, um sich in stundenlangem gemeinschaftlichen Mähen die Reden und Schriften ihrer Führer klar zu machen. Darum wäre es auch ein Erfolg verheißender Versuch, unsere Volkshochschulen in den Dienst der Sprachbesserung zu stellen. In diesen ließe sich Wesen und Bedeutung der Sprache, wie ihre Bedürfnisse aufs gründlichste auseinandersetzen, und die Vorlesungen würden von vielen belegt werden.

Gelingt es aber, unsere Massen mit Abscheu vor der Sprachmengerei als eines Ausflusses des Bildungsdünkels zu erfüllen und ihnen die von Mißtrauen durchsättigte Vorstellung zu erwecken, daß sie durch die Sprachmengerei dumm und unter der Vormundschaft der Gebildeten gehalten werden, dann werden Professor Hochgelahrt, Parteihäuptling Redestrom und der Zeitungschreiber Schmol, um nicht in den Verdacht der Rückständigkeit und Bildungsfeindschaft zu kommen, die ersten sein, die sich voll Abscheu vom Fremdwort abwenden. Damit hätte aber die Sprachreinigung den ersten vollen Sieg errungen und könnte endlich einmal hoffen sich durchzusetzen.



Weltspiegel

Der Kabinettswechsel in Frankreich. Ein Karikaturist könnte seiner Darstellung der gegenwärtigen inneren Politik Frankreichs die Überschrift geben: Wie sage ich's meinem Kinde? In der Tat läßt das ganze Problem Frankreichs heute darauf hinaus, wie man es der Nation begreiflich machen will, daß sie trotz schwerster Opfer den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren hat. Gibt man das letztere zu, so kann man die Frage nach der Verantwortlichkeit nicht vermeiden, und beantwortet man diese, wird man die ganze Politik seit der russisch-französischen Allianz, zum mindesten seit der Annäherung an England, revidieren und sich völlig anders einstellen müssen. Was das in einem so traditionsfrohen, andererseits aber Klarheit der Richtlinien liebenden Lande wie

Frankreich bedeutet, braucht nicht ausführlich auseinandergesetzt zu werden, und ebensowenig, daß eine derartige Umstellung in einem von den Folgen des Krieges schwer heimgesuchten Lande nicht von heute auf morgen möglich ist. Mit Sicherheit aber kann man sagen, daß die Umkehr bereits begonnen hat.

Praktisch verdichtet sich das Problem zu der Frage nach der Kriegsentschädigung (um die „Reparationen“ beim rechten Namen zu nennen). Es läge sehr einfach, wenn Deutschland zahlungsfähig wäre. Es scheint unmöglich zu lösen, da dies alles nur in sehr beschränktem Maße der Fall ist und den verbleibenden Rest niemand tragen will und kann. Da eine Geldleistung nicht möglich war, ist man auf den Ausweg der Naturallieferung verfallen. Aber erstens werden dadurch die schon jetzt empfindlichen und weder durch Steuern noch durch Anleihen zu deckenden Lücken im französischen Staatshaushalt nicht unmittelbar ausgefüllt, und zweitens müßte, um wirklich großzügige Naturalleistungen Deutschlands zu erlangen, die deutsche Industrie in einem Umfange entwickelt werden, den aus Furcht vor der deutschen Konkurrenz weder Frankreich noch vor allem England, das zu ihrer Bekämpfung den Krieg begann, nicht wünschen können. Also ist man zu einem kombinierten Verfahren, Bar- und Naturalleistungen, gelangt. Nun aber erhebt sich die andere Schwierigkeit: die Fixierung des Gesamtbetrages.

Diese Fixierung ist, um es kurz zu sagen, innerpolitisch für Frankreich unmöglich, wirtschaftlich für Deutschland unentbehrlich. Es rächt sich jetzt, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen nicht kühles Blut behielt, und daß man auch in England den Sieg parteipolitisch auszuschlachten suchte. Damals hätte es vielleicht gelingen können, eine internationale Anleihe zur Tilgung der Kriegsausgaben zustande zu bringen. Aber damals klang es einstimmig von beiden Ufern des Kanals her: Deutschland zahlt alles. Jetzt hat man sich in England bereits darauf eingerichtet, daß Deutschland (nach Ablieferung von Flotte und Kolonien, nachdem also England den Löwenanteil der sofort realisierbaren Siegesbeute für sich genommen hatte) eben nicht alles zahlt. Anders in Frankreich. Es gab „Realpolitiker“, die das linke Rheinufer annektieren, Ost- und Westpreußen sowie Oberschlesien an Polen geben und somit „klare Verhältnisse“ schaffen wollten. Da aber Frankreich den Krieg nicht allein und sehr wesentlich doch unter dem Banner des Selbstbestimmungsrechts der Völker und dessen, was man in Frankreich heute den „Wilsonismus“ nennt, gewonnen hatte, wurde eine solche Lösung, die besonders den englischen Gleichgewichtsinteressen widersprach, abgelehnt. Man mußte zum Kompromiß greifen: zur finanziellen Kriegsentschädigung. Es zeigte sich jedoch, daß reale Unterlagen für ein Kompromiß nicht vorhanden waren. Frankreich wollte „alles“ ersetzt haben, Deutschland konnte „nichts“ zahlen. Letzteres gab man auch in Frankreich zu. Da man aber weder verzichten wollte noch konnte, so mußte man eben den Kriegszustand künstlich verlängern. Tatsächlich ist der Versailler „Vertrag“ in wesentlichen Teilen nichts anderes als eine Proklamierung dieses verlängerten Kriegszustandes, ja man will diesen Zustand verschärfen, indem man auch jetzt noch eine vertragsmäßige Fixierung hinauszuschieben sucht. Man kann, das hat man jenseits des Rheins bereits eingesehen, nicht alles bekommen, was man braucht, aber man will doch so viel nehmen, wie man irgend bekommen kann. Die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands wird, so argumentiert man, falls sie überhaupt besteht, nicht ewig dauern. Was wir jetzt nicht haben können, können wir später nehmen. Und deshalb will man auch die Gesamtsumme nicht nennen. Angenommen, sie fällt sehr hoch aus, so wird man, da die Entwicklung wirtschaftlicher Verhältnisse sich nur höchst unvollkommen übersehen läßt und bei dem gegenwärtigen Zustand Deutschlands eine hohe Entschädigung als unmöglich erscheint, bei Neutralen und Alliierten, womöglich auch im eigenen Lande den Kopf schütteln und die Regierung des Utopismus beschuldigen. Angenommen sie fällt niedrig aus, so erhebt sich in Frankreich sofort die Frage: Wer trägt das Defizit? Und wer will die Verantwortung übernehmen, wenn etwa Deutschland sich wider Erwarten doch erholt

und es sich herausstellt, daß es doch zahlen konnte? Andererseits, und das wird von den Franzosen meist übersehen, kann auch bei der unmöglich vorher zu bestimmenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands — die kleinen Besserungen der letzten Zeit sind ja höchstens als ein besinnendes Aufatmen nach schwerem Fall zu bezeichnen — keine deutsche Regierung sich auf die Zahlung einer Riesensumme festlegen, weil sich wohl sagen läßt, was Deutschland gegenwärtig zahlen kann — nämlich nichts, aber nicht, was es in drei, fünf oder zehn Jahren leisten kann. Das sind Verantwortlichkeiten, wie sie keine Regierung, welcher Parteiführung sie sei, übernehmen kann. Hätten die Alliierten damals in Versailles die vom Grafen Brockdorff angebotenen hundert Milliarden angenommen, das ganze Problem wäre vereinfacht. Aus Angst, nicht genug zu bekommen, hat man damals die Regelung hinausgeschoben, dadurch aber die wirtschaftliche Lage Deutschlands so verschlechtert, daß es unmöglich scheint, daß Frankreich auch nur diese hundert Milliarden, deren Betrag übrigens damals schon in Deutschland als zu hoch und unmöglich zu leisten bezeichnet wurde, erhält.

Wenn man es somit begreifen kann, daß Frankreich vor der endgültigen Festsetzung der Gesamtsumme zurückschreckt, so muß andererseits doch auch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es bei der Regelung des Problems unpsychologisch und daher unpolitisch verfährt. Zunächst ist die ganze Pfandtheorie Unsinn. Man kann sich nicht zu einer friedlichen und gemeinschaftlich-einträchtigen Lösung des Reparationsproblems niedersetzen, wenn man als Feind, noch dazu als ein auf Loslösung hin intrigierender Feind, einen Teil des Gebiets des Partners besetzt hält. Eine Besetzung, die sich in fortwährenden militärischen Befehlen, in Versuchen, deutsche Minister auszuweisen, in Pressezensur, in Requisitionen usw. äußert, ist ein fortgesetzter feindlicher Akt — nichts weiter. Man kann fernerhin nicht eine Regelung ins Auge fassen, die die Produktion, auf der gerade diese Regelung sich aufbaut, zu stark belastet und als unlohnend erscheinen läßt. Man kann von einer Regierung annehmen, daß sie den Friedensvertrag loyal, soweit wie irgend möglich, erfüllen wird, man kann bei den realen einzelnen Personen, die den regierten Staat darstellen, nicht voraussetzen, daß sie dauernd alle Kraft des Herzens, der Hand und des Kopfes daransetzen werden, nur immer zum größten Teil für den „Feind“ zu arbeiten, selbst Fanatiker der Weltgerechtigkeit, zu deren Abkühlung übrigens gerade Frankreich kräftig beigetragen hat, könnten sich dauernd, jahrzehntelang, auf einer solchen Höhe des Gefühls nicht halten. Wir wollen die inneren Notwendigkeiten, die hinter Frankreichs Politik stehen, nicht verkennen, aber Frankreich sollte auch die unseren erkennen, sonst ist auf eine Zusammenarbeit nicht zu hoffen.

Im allgemeinen aber kann gesagt werden, daß wir einer Zusammenarbeit jetzt näher gekommen sind, als das jemals der Fall gewesen ist. Das neue Kabinett ist zwar wiederum wie das alte ein Kompromißkabinett und einzelne Vertreter wie Barthou künden nichts Gutes. Aber die Mänder der Rechten, die Führung ausschließlich in ihre Hand zu bekommen, sind doch gescheitert, und daß Poincaré dem Kabinett nicht angehört, kann als günstiges Zeichen dafür gedeutet werden, daß man die von Harriot gerügte Gewaltpolitik nicht länger fortsetzen will. Die ewigen Drohungen mit Besetzung des Ruhrbeckens sind fast ganz verstummt (allerdings sucht man jetzt Oberschlesien den Polen zuzuschancen) und Stimmen, die man ohne Übertreibung als offiziös bezeichnen kann, predigen (unter englischen Druck? und sicher nicht ohne Einfluß der erneuten Absage der Vereinigten Staaten) Ruhe. „Petit Parisien“ (vom 14.) verurteilt eine Politik der Faust auf dem Tisch, und „Temps“ vom 15. I. schreibt: „Schon hört man sagen: Der Konflikt ist unvermeidlich, niemals wird Deutschland freiwillig bezahlen. Niemals wird Frankreich sicher sein, wenn es nicht zur Durchführung der Entwaffnung Truppen nach Deutschland schickt. . . .“ Wohin aber führt eine solche Politik? Sie führt zur Zerstörung der von den französischen Sachverständigen ausgearbeiteten Einigungsprojekte zur Lösung des Reparationsproblems. Sie führt dazu, daß die Zustimmung, die die deutsche Regierung diesen Plänen zu

geben geneigt wäre, als verwerflich bezeichnet werden müßte. Sie führt dazu, daß wir *coâte que coâte* das Ruhrgebiet besetzen. . . . Sie führt dazu, daß wir, um die notwendige Ermächtigung zu erhalten, im Orient und anderswo abdanken müssen. . . . Sobald man von dem Grundsatz ausgeht, daß der Konflikt unvermeidlich ist, geht man auf den Konflikt zu. Aber es gibt noch eine andere Politik, die darin besteht. . . ., daß die Deutschen die Sicherheit Frankreichs, die Zahlungen an Frankreich, eine friedliche Zusammenarbeit mit Frankreich mit gutem Recht als Grundbedingungen ihrer eigenen nationalen Gesundung betrachten können. Ein deutscher Finanzmann hat kürzlich geäußert: „Während der nächsten zehn Jahre wird Frankreich völlig von einer überlebten Anneziopolitik im Rheinland in Anspruch genommen werden. Wir Deutschen werden während der Zeit unsere Industrie und unseren Handel so entwickeln, daß wir mit England und Amerika zusammen Herren der Weltwirtschaft werden. Nach Ablauf der zehn Jahre wird Frankreich isoliert dastehen und so ruiniert sein, wie Deutschland es jetzt ist! Welcher Franzose wird sich dem aussetzen wollen, daß dieses Programm Wirklichkeit wird? Zwischen den beiden heute möglichen Politiken wäre leicht gewählt, wenn die französische Öffentlichkeit die Tatsachen zu sehen imstande wäre, wie sie wirklich sind. Um sie zu orientieren und um die Diplomatie zu lenken, darf man nicht Theorien in die Welt setzen oder einfach den Strömungen folgen. Man darf nicht nach Popularität haschen. Man muß zur Erkenntnis der Tatsachen beitragen, das ist undankbar, aber nur dies allein trägt Früchte.“

Solche Äußerungen im Augenblick eines Regierungswechsels sind deutlich genug. Hoffentlich wird von deutscher Seite nichts versäumt, solche Tendenzen zu ermutigen. Es ist natürlich aus den oben gestreiften Gründen der Regierung ganz unmöglich, über den Gang der Verhandlungen, die Ursachen einzelner Entschlüsse oder Unterlassungen mehr verlauten zu lassen, als was dem Durchschnittszeitungsleser die Illusion zu geben geeignet ist, er sei nun orientiert. In Wirklichkeit sind die Vorgänge, vorläufig mit Recht, in Dunkel gehüllt. Sollten aber die Verhandlungen scheitern oder auch nur zur Unzufriedenheit größerer Teile des deutschen Volkes ausfallen, so wäre eine atkenmäßige Feststellung der Verantwortlichkeit unvermeidlich und es muß mit allem Nachdruck von den Volksvertretern gefordert werden, daß sie einmal gütigst ihre Parteipropaganda ruhen lassen und arbeiten. Wir verzichten auf alle Untersuchungen darüber, wer schuld an der Niederlage usw. ist, dergleichen fördert uns nicht und macht keinen Gefallenen nieder lebendig. Aber die Brüsseler Konferenz interessiert uns sehr und wir möchten eine Fortsetzung der Kriegs- und Revolutionschlamperei im Reichstage durchaus vermieden wissen. Es darf nicht länger mit Akten jongliert, Tatsachen dürfen nicht hinter vage formulierten und in Amtsgeheimnis gehüllten Erklärungen versteckt werden, damit dann weitergewurstelt werden kann. Fehler sind menschlich, und in vielen Dingen kann man verschiedener Meinung sein. Aber es muß festgestellt werden, wer Fehler begangen hat und wer solcher Meinung ist und welche Gründe er dafür hatte. Nicht um diese Fehler und Irrtümer politisch auszuschlachten, sondern um klare Verhältnisse zu schaffen. Wer Fehler gemacht hat, muß die Folgen auf sich nehmen und sich ein paar Jahre erholen, bis er dazugelernt hat, und Opposition ist nicht zu vertuschen, sondern aufzuklären. In den wenigsten Fällen ist nur eine Politik denkbar, in den meisten existieren zwei oder mehrere Möglichkeiten. Aber dasjenige Volk ist verloren, das zu gleicher Zeit zum selben Ziel zwei Wege gehen will. Einheitlich geführt und ausgeführt muß jede Politik werden. Gerade darum aber ist es nötig, Klarheit zu schaffen, die Opposition als solche deutlich zu sehen, gegebenenfalls ihr zur rechten Zeit und bevor der Karren unwiederbringlich im Dreck steckt, die Führung zu übertragen, damit sie ihren Weg versucht. Das schafft Verantwortungsfreudigkeit und läßt die Kräfte.

Hinter dem Kabinett Briand steht wartend ein Kabinett Poincaré. Die Franzosen waren kurzfristig genug, das, was sie die Rechtsreaktion nennen, bei uns hervorzurufen. Lernen wir aus ihren Fehlern und vermeiden wir, bei ihnen das gleiche zu tun!

Menenius